

# Kanton soll Anteile an vier Firmen verkaufen

Handelskammer und Gewerbeverband verlangen Teilprivatisierung der Kantonalbank. Die AEW solle sich aufs Kerngeschäft konzentrieren.



Hans R. Schibli, Vizepräsident des Aargauischen Gewerbeverbands, will die AKB mindestens teilprivatisieren. Bilder: Raphael Dupain, zvg

Eine Teilveräusserung der AEW sei denkbar, sagt die Studie. Im Bild oben: AIHK-Direktor Beat Bechtold. Bilder: Raphael Dupain, Alex Spichale

## Daniel Vizentini

Alle paar Jahre werden diese Fragen wieder diskutiert: An welchen Firmen soll sich der Kanton beteiligen? Wie steht es um die Kantonsspitäler, wie um die AEW Energie AG? Soll die Aargauische Kantonalbank (AKB) privatisiert werden?

Die Frage um die Aargauer Staatsbank kam zuletzt 2020, also erst vor vier Jahren, aufs politische Tapet. Die Wirtschaftskommission im Grossen Rat empfahl damals, die AKB in eine offene Aktiengesellschaft umzuwandeln. Vom Gesamtparlament wurde dies dann ab-

gelehnt. Auch der Regierungsrat war dagegen. Landammann Markus Dieth sagte, es gebe «keine Notwendigkeit, die beste Kuh im Stall zu schlachten».

Tatsächlich gibt es keinen Leidensdruck, ganz im Gegenteil: Jahr für Jahr liefert die Bank gutes Geld an den Kanton ab: Dank Rekordergebnis waren es zuletzt über 130 Millionen Franken. Überraschend scheint deshalb der Zeitpunkt, den die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) und der Aargauische Gewerbeverband (AGV) gewählt haben, um die

Privatisierung der Staatsbetriebe wieder zu thematisieren.

## Wirtschaftsverbände wollten unabhängige Beurteilung

Die Wirtschaftsverbände haben das Basler Büro für Volkswirtschaftliche Beratung (BSS) beauftragt, die Beteiligungen des Kantons an Unternehmen zu prüfen. «Wir wollten nicht länger auf den Regierungsrat warten und haben deshalb diese unabhängige Beurteilung in Auftrag gegeben», sagte AIHK-Direktor Beat Bechtold bei der Präsentation der Resultate an einer Medienkonfe-

renz am Dienstag.

Wie Co-Autor Wolfram Kägi erklärte, sei der Aargau derzeit an 47 Firmen beteiligt. Im Vergleich mit anderen Kantonen stehe er damit «im Mittelfeld». Die Anzahl dieser Beteiligungen habe in den letzten Jahren zugenommen, am meisten im Bereich Bildung und Forschung. Ein Beispiel ist die Innovaare AG: Sie wurde 2015 für Bau und Betrieb des Park Innovaare beim PSI in Villigen gegründet.

Von den 47 Unternehmen nahmen die Studienautoren deren 14 mit grösserer Staatsbeteiligung unter die Lupe. Das Fazit von Kägi: «Nicht alle Beteiligungen des Kantons lassen sich ökonomisch plausibel erklären.» Bei 11 dieser 14 Unternehmen empfiehlt die Studie, die Beteiligung des Kantons weiter zu prüfen; bei vier davon sogar «mit Nachdruck».

«Wir sind uns bewusst, dass es eine Vielzahl weiterer Rechtfertigungen für kantonale Beteiligungen geben kann», heisst es im Studienbericht. Verfasst wurde die Studie aber aus rein ökonomischer Optik, etwa mit Blick auf die Gefährdung der freien Marktwirtschaft. Staatliche Firmen könnten Produktivitätswachstum verhindern, den Fachkräftemangel verschärfen und ein Risiko für die Steuerzahlenden sein.

Das augenfälligste Ergebnis der Studie ist die Empfehlung, «mit Nachdruck» die Beteiligung an vier Firmen zu überprüfen. Genannt werden die Aargauische Kantonbank, die AEW Energie AG, das Software-

Unternehmen Viacar und der Schulverlag plus.

Hans R. Schibli, Vizepräsident des Gewerbeverbandes, forderte an der Medienkonferenz, die AKB teilweise zu privatisieren. «Die AKB floriert jetzt, aber das hängt mehr mit der Schwäche der anderen Banken zusammen», sagte er. «Wo man früher froh war um eine funktionierende Bank, hat man heute einen Bankenüberfluss. Die Zeiten ändern sich.»

Zudem würden die Steuerzahler mit der Staatsgarantie der AKB ein erhebliches finanzielles Risiko tragen. Die Bilanzsumme der Bank entspreche gut 80 Prozent des kantonalen Bruttoinlandprodukts. Weiter müsse der gesetzliche Auftrag der Bank zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kantons dringend geschärft werden.

Die Situation der AEW bezeichnete Beat Bechtold als «ein bisschen komplexer»: Die Firma habe die Versorgungssicherheit sicherzustellen, solle sich aber entsprechend den Forderungen der bürgerlichen Parteien – aufs Kerngeschäft konzentrieren. Laut Studie gebe es für die Beteiligungen der AEW an Car-sharing- oder Softwareanbietern «keine ordnungspolitische Rechtfertigung». Eine Teilveräusserung der AEW, analog zu anderen Energieversorgern wie Alpiq oder BKW, sei denkbar.

Beim Schulverlag plus sei nebst Wettbewerbsverzerrung auch die Doppelrolle kritisch, die der Kanton einnehme: Eine

Befangenheit bei der Wahl der Lehrmittel sei nicht auszuschliessen. Dazu gebe es heute die Möglichkeit, Lehrmittel digital zu veröffentlichen.

Viacar bietet Softwarelösungen für Strassenverkehrsämter, beteiligt sind nebst dem Aargau vier weitere Kantone. Grundsätzlich könnte dies auch eine private Firma übernehmen, heisst es im Studienbericht. Oder der Aargau könnte, wie Basel-Stadt, nur Kunde und nicht Mitbesitzer von Viacar sein.

### **Auch die Kantonsspitäler sollen auf den Prüfstand**

Mehrheitlich unbedenklich sind laut Studie die Beteiligungen des Kantons am Hightech Zentrum, an Aargau Verkehr und den Psychiatrischen Diensten (PDAG). Näher geprüft werden sollten hingegen die Beteiligungen an der Aargauischen Gebäudeversicherung und der kantonalen Pensionskasse, am Energiekonzern Axpo, an den Nationalstrassen Nordwestschweiz, der Innovaare AG sowie den beiden Kantonsspitalern Aarau und Baden.

Bei der Gebäudeversicherung seien die Wettbewerbsverzerrungen «sehr stark», heisst es. Bei den Spitälern sei eine Teilveräusserung als Option denkbar, um die Belastung für die Steuerzahlenden zu reduzieren. Dies wäre zwar auch bei der Psychiatrie eine Option. Doch dort sieht die Studie, anders als bei den Spitälern, weniger private Konkurrenz, die durch den Staatsbetrieb verdrängt werde.



Hauptausgabe

AZ Aarau-Lenzburg-Zofingen  
 5001 Aarau  
 058/ 200 58 58  
<https://www.aargauerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 19'334  
 Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 17  
 Fläche: 86'075 mm²



Auftrag: 3013554  
 Themen-Nr.: 272.003  
 Referenz: 93293864  
 Ausschnitt Seite: 3/3

## Sollen kantonale Unternehmen privatisiert werden?

Unternehmen	Urteil der Studie
Aargauische Kantonalbank	<b>Beteiligung des Kantons «sollte mit Nachdruck geprüft werden»</b>
AEW Energie	
Schulverlag plus	
Viacar	
Aargauische Gebäudeversicherung	<b>Beteiligung des Kantons «sollte weiter geprüft werden»</b>
Aargauische Pensionskasse	
Axpo Holding	
Innovaare	
Nationalstrassen Nordwestschweiz	
Kantonsspital Aarau	
Kantonsspital Baden	
Psychiatrische Dienste Aargau	<b>«kein Prüfungsbedarf»</b>
Hightech Zentrum Aargau	
Aargau Verkehr	